

Otto Depenheuer (Hg.): Öffentlichkeit und Vertraulichkeit. Theorie und Praxis der politischen Kommunikation

Opladen: Westdeutscher Verlag 2001, 198 S., ISBN 3-531-13571-6, € 24,90

Dass sich – die klassische, freilich stets ein wenig idealisierte – Öffentlichkeit durch die Medien, insbesondere durch Internet und weltweite Vernetzung gravierend verändert, dass sich die herkömmliche Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit nicht mehr treffen lässt, ist in der Kommunikationswissenschaft hinlänglich bekannt und vielfach thematisiert; diese Entwicklung verlangt nun auch Überprüfung und Revision der juristischen Begrifflichkeiten, die der Herausgeber, Staatsrechtler an der Universität Köln, offenbar mit einem Seminar der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung begonnen hat, wie er in seinem einleitenden Beitrag *Öffentlichkeit und Vertraulichkeit* betont. Leider führen die hier versammelten Beiträge die Diskussion und Argumentation mit Ausnahme des Politologen Heinrich Oberreuter nicht konsequent fort, sondern verstreuen sich auf diverse Themen, so dass ein wenig konsistenter Reader entstanden ist.

Öffentlichkeit, so die juristische Einlassung des Herausgebers, diene seit der Aufklärung als staatsrechtliches Postulat der Legitimation von Politik, während Geheimhaltung stets verdächtigt worden sei, nur Partikularinteressen zu befriedigen. Heute, unter den Bedingungen der Mediengesellschaft, werde Öffentlichkeit „zunehmend total“ (S.9), so dass sie vernünftige, sachliche Entscheidungen nicht mehr gewährleisten könne, vielmehr alles unter dem Diktat inszenierter Prominenz und strategischer Rechtfertigung stehe. Daher könne nur noch Vertraulichkeit die „Bedingung der Möglichkeit von Sachlichkeit und Gemeinwohldienlichkeit politischer Entscheidungen“ gewährleisten (S.16). Das hätte man gern konkreter gehabt, sowohl in seiner staats- und verfassungsrechtlichen Begründung, weil dadurch einige Fundamente des demokratischen Rechtsstaats ins Wanken geraten, als auch in der gesetzlichen und rechtspolitischen Konsequenz, möglichst exemplifiziert an Beispielen und auch hinsichtlich seiner Implikationen bedacht. Doch es bleibt, wie gesagt, bei diesen zunächst eher abstrakten Einschätzungen. Die Beiträge danach widmen sich anderen Detail-Themen: Der Jurist Bernd Grzeszick beschäftigt sich in sicherlich erforderlicher Rabulistik mit den unausweichlichen Änderungen des Rechts auf geistiges Eigentum, und er sieht den Staat in der neuen Rolle des Verteidigers der zivilen Tätigkeiten des Bürgers. Matthias Jestaedt, ebenfalls Jurist, mustert unter den vielfach postulierten Vorzeichen des um sich greifenden Paradigmenwechsels („Alles ist anders!“, S.68ff.) ausführlich, mit vielen Verweisen, rechtstheoretische Begründungen und gesetzliche Bezüge „legitimer Geheimhaltung“ und kommt zu dem Ergebnis, dass „gerade das Ob und Wie der Rechtfertigung von Geheimhaltung [den Staat der offenen Gesellschaft] als freiheitlichen aus[weisen]“ (S.109).

Von diesen juristischen Höhenflügen geht's in den beiden folgenden Beiträgen in die Ebenen der praktischen Politik: Günter Winands, lange im Bundeskanzler-

amt beschäftigt, räsoniert über die angebliche Macht der Politiker, über formelle und informelle Entscheidungsabläufe (zumal in den sich vermehrenden informellen Gremien) und beklagt am Ende, dass es darüber kaum gesicherten Untersuchungen gibt. Günter Schabowski, bekannt noch als SED-Bezirksvorsitzender von Ostberlin, reflektiert die hypertrophen Geheimhaltungspraktiken des SED-Regimes, die eher denen einer höfischen Gesellschaft glichen und deshalb sicherlich zu seinem Sturz beitrugen.

Wie weit die symbolische Politik, die Inszenierung von Politik als Show und Scheinkämpfe schon fortgeschritten ist, wie zuletzt im Bundestags-Wahlkampf 1998 exemplifiziert, untersucht Heinrich Oberreuter, Politologe in Passau, nicht zum ersten Mal: Zwar sei 1998 „nur ein Höhepunkt der Amerikanisierung erreicht worden“ (S.154), aber inzwischen schlage „die politische Substanz zurück“ (S.155ff.). Nicht zuletzt der Parlamentarismus als Institution entwickle „Mediatisierungsresistenz“ (S.156), denn „der weitaus größte Teil seiner substantiellen Verhandlungs-, Kompromissbildungs- und Entscheidungsprozesse“ (S. 156) entziehe sich der Visualisierung. Aber werden sie so überhaupt von der Bevölkerung wahrgenommen, da das, „was nicht im Fernsehen ist, [...] nicht Wirklichkeit [ist]“? (S. 150) Oberreuter konstatiert am Ende erneut jenes ‚Dilemma‘ zwischen der Arena inszenierter Perfektion und den unauffälligen Gremien konstruktiver, sachlich und konsensorientierter Problemlösungen.

Wiederum ein anderes Thema schlägt der Psychologe Christoph Joseph Ahlers an: nämlich die Kultur der politischen Rede, allerdings recht formal und abstrakt. Lediglich im letzten Abschnitt kommt er auf Verkümmierungen und Perversionen zu sprechen: etwa in den diversen Polit-Talkshows. Die sollte man allerdings nicht mit der politischen Rede verwechseln und daran deren Verfall beklagen. Schließlich fragt der Germanist Karl Sauerland in einem kurzen Essay danach, was heutzutage noch geheim bzw. geheimnisvoll ist. Viel findet er nach der Clinton-Affäre, nachdem selbst die Sexualpraktiken eines Präsidenten öffentlich preisgegeben und gerichtsverwertbar diskutiert wurden, nicht mehr. Das Vertrauen der Öffentlichkeit ließe sich so kaum mehr erlangen. Ob sich mit solchen eher zufälligen Streiflichtern die Aufgabe erfüllen lässt, die der Herausgeber eingangs anmahnt: nämlich die „Analyse der Entwicklung anzugehen, um Orientierungen zu ermöglichen, normative Optionen für ein Leben in Öffentlichkeit ausmessen“(S.11)? Fragezeichen sind erlaubt.

Hans-Dieter Kübler (Werther/Hamburg)